

Schriften zum Internationalen Recht

Band 65

**Das Grundrecht
der Meinungsfreiheit in
der spanischen Verfassung**

Von

Javier Cremades



Duncker & Humblot · Berlin

JAVIER CREMADES

**Das Grundrecht der Meinungsfreiheit
in der spanischen Verfassung**

Schriften zum Internationalen Recht

Band 65

Das Grundrecht der Meinungsfreiheit in der spanischen Verfassung

**Von
Javier Cremades**



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Cremades, Javier:

Das Grundrecht der Meinungsfreiheit in der spanischen
Verfassung / von Javier Cremades. – Berlin : Duncker und
Humblot, 1994

(Schriften zum Internationalen Recht ; Bd. 65)

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 1991/92

ISBN 3-428-07994-9

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1994 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0720-7646
ISBN 3-428-07994-9

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1991 / 92 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen.

An erster Stelle danke ich ganz herzlich meinem akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. Rainer Arnold, der diese Arbeit angeregt und intensiv betreut hat. Herrn Professor Dr. Udo Steiner danke ich sehr für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein herzlicher Dank gilt darüber hinaus insbesondere der Botschaft des Königreichs Spanien in der Bundesrepublik Deutschland für die finanzielle Unterstützung dieser Arbeit sowie dem Verlag Duncker & Humblot für die Aufnahme in die "Schriften zum Internationalen Recht".

Regensburg, im November 1993

Javier Cremades

Inhaltsverzeichnis

Artikel 20 der spanischen Verfassung	21
Artículo 20 de la Constitución española	22
Einleitung	23
§ 1 Die Meinungsfreiheit in der spanischen Verfassungsgeschichte	25
I. Das Statut von Bayona	26
II. Die Verfassung von 1812	27
III. Das Königliche Statut von 1834	27
IV. Die Verfassung von 1837	28
V. Die Verfassung von 1845	29
VI. Die Verfassung von 1869	30
VII. Die Verfassung von 1876	31
VIII. Die Verfassung von 1931	32
IX. Die Ära Franco	33
§ 2 Der Art. 20 CE im verfassungsgebenden Prozeß	37
I. Historischer Zusammenhang mit der Entstehung der Verfassung	37
1. Einleitung	37
2. Entwicklung	38
3. Bedeutung und Errungenschaften des politischen Wandels in Spanien	39
a) Allgemeines zum Umwandlungsprozeß	39
b) Wie ergab sich die Umwandlung in Spanien?	39
c) Reform oder Bruch? Der Konsens als Instrument	40

aa) Die Hauptrollen: Juan Carlos I und Adolfo Suarez	40
bb) Die öffentliche Meinung	42
cc) Das Gesetz über die politische Reform	43
4. Schlußbemerkungen	43
II. Verfassungsmäßige Erklärung von Rechten oder Verweisung auf internationale Texte?	44
III. Die verschiedenen Entwicklungsstufen des Art. 20 CE innerhalb des verfassungsgebenden Prozesses	48
1. Ausgestaltung von Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit	51
2. Der moralische Aspekt der freien Meinungsäußerung	52
3. Technische Präzisierung einiger Rechte	52
4. Ausweitung der Grenzen der anerkannten Rechte	53
§ 3 Der Art. 20 CE im Kontext der Verfassung: Der Titel I der spanischen Verfassung	54
I. Bedeutung	54
II. Redaktion und Inhalt	56
§ 4 Wesensmerkmale des Artikel 20 CE	60
I. Einleitung	60
II. Inhalt	61
1. Die geschützten Rechte	61
2. Beinhaltet Art. 20 CE das Recht auf formale Anerkennung der in ihm enthaltenen Rechte durch die öffentliche Gewalt?	63
III. Meinungsäußerungsfreiheit - Informationsfreiheit	65
1. Die duale Konzeption des Art. 20 CE	65
2. Meinungsäußerungsfreiheit	68
3. Informationsfreiheit	70
a) Begriff und Rechtsnatur	70
b) Inhalt des Rechts im einzelnen	72
c) Die Rechtsträger	74
aa) Der einzelne als Rechtsträger	74
bb) Die Journalisten	75
d) Gegenstand des Rechts	77
4. Die vorrangige Stellung der Meinungsfreiheit	79
5. Unterschiede zwischen der Meinungsäußerungsfreiheit und dem Recht auf Information	82
6. Die Pressefreiheit	83

§ 5 Die Garantien der Meinungsfreiheit	87
I. Einleitung	87
II. Verbot der Vorzensur	89
III. Das Verbot der Beschlagnahme durch die Verwaltung	91
IV. Das Gegendarstellungsrecht	93
1. Die Unterscheidung der Lehre zwischen dem Gegendarstellungsrecht und dem Recht auf Erwidern	93
2. Die gegenwärtige gesetzliche Regelung des Gegendarstellungsrechts:Das Gesetz (Ley Orgánica) 2/1984	95
3. Das Gegendarstellungsrecht als Garantie der Meinungsfreiheit	100
V. Die Gewissensklausel	103
1. Begriff	103
2. Der Streit über die Ausgestaltung der Gewissensklausel durch den Gesetzgeber	106
3. Begrenzung des Inhalts des Rechts	107
4. Die Organisationsgewalt des Arbeitgebers im allgemeinen	108
5. Individuelle oder kollektive Ausübung der Gewissensklausel?	109
VI. Das Berufsgeheimnis der Journalisten	110
1. Begriff	110
2. Rechtsnatur	112
3. Inhalt im einzelnen	114
4. Schranken	116
VII. Die Indemnität der Parlamentarier	117
 § 6 Grenzen der Meinungsfreiheit	 121
I. Einleitung	121
1. Die notwendigen Beschränkungen der Rechte	121
2. Grenzen der Artikel 20 CE	123
a) Einleitung	123
b) Die gesetzliche Ausgestaltung der Grundrechte	123
c) Die ausdrücklich normierten Beschränkungen	124
d) Von Art. 10 Abs. 2 CE abgeleitete Grenzen	125
e) Die strafrechtlichen Grenzen	126
f) Andere Grenzen	127
II. Grenzen mit Bezug auf den Grundrechtsträger	127
1. Der Schutz des Jugendlichen und des Kindes	127

2.	Verschwiegenheitspflicht des Arbeitnehmers	130
a)	Grundsätze	130
b)	Die Haltung des Verfassungsgerichtes	133
3.	Beschränkung der Meinungsfreiheit der Beamten	136
a)	Einführung	136
b)	Der <i>Pickering-Test</i>	139
c)	Strafrechtliche Grenzen	141
d)	Beschränkung des Rechts auf freien Zugang zum öffentlichen Dienst aufgrund der Ausübung der Meinungsfreiheit	141
4.	Ist ein akademischer Abschluß nötig, um den Beruf eines Journalisten ausüben zu können?	142
a)	Relevanz der Fragestellung	142
b)	Die zwei Grundkonzeptionen hinsichtlich des Abschlußerfordernisses	143
c)	Die Pressewirklichkeit	144
d)	Wer kann als Journalist angesehen werden?	145
aa)	Akkreditierung als Journalist	145
bb)	Freiheit der Journalisten zum Zusammenschluß zu Berufsverbänden	146
III.	Grenzen aufgrund des Gegenstandes	146
1.	Das Recht auf Ehre, auf Privat- und Intimsphäre und am eigenen Bild	146
a)	Das Recht auf Ehre	148
aa)	Begriff	148
bb)	Ehre <i>versus</i> Meinungsfreiheit	149
α)	Der strafrechtliche Schutz	152
β)	Der zivilrechtliche Schutz	155
b)	Die persönliche und familiäre Privat- und Intimsphäre	156
aa)	Das Recht auf Privat- und Intimsphäre als selbständiges Recht	156
bb)	Öffentliches Leben - Privatleben	158
cc)	Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	159
dd)	Die Privat- und Intimsphäre als Grenze der Meinungsfreiheit	161
α)	Vorrang des Rechts auf Information gegenüber der Privat- und Intimsphäre?	161
β)	Konkrete Beschränkungen des Rechts auf Information	162
ee)	Der juristische Schutz der Privat- und Intimsphäre und ähnlicher Rechte ..	164
c)	Das Recht am eigenen Bild	165
d)	Das Organgesetz 1/1982 vom 5.Mai 1982	167
e)	Können juristische Personen Träger der sogenannten <i>Persönlichkeitsrechte</i> sein?	170
2.	Das Erfordernis der Wahrheit der Information	173

a)	Die Wahrheit als Grundlage	173
b)	Die begrenzte Wirkungsfähigkeit der Wahrheit	175
aa)	Das Wahrheitserfordernis als Schranke des Rechtes auf Information und nicht der Meinungsäußerungsfreiheit	175
bb)	Der Unterschied zwischen der Verbreitung von Gedanken, Ideen und Meinungen einerseits und der von Tatsachen oder Informationen andererseits	176
cc)	Verfassungsmäßigkeit der Information ohne Wahrheitsgarantie	177
α)	Information ohne absolute Garantie des Wahrheitsgehalts ist nicht falsche Information	177
β)	Förderung der Wahrheit durch die Vervielfachung der Quellen	179
γ)	Die Auffassung des spanischen Verfassungsgerichtes	179
c)	Die Wahrheit und die Vorrangstellung (posición preferente)	180
d)	Die Wahrheit bei der Übermittlung von Werbung	181
aa)	Wird die Werbung von der Verfassung geschützt?	182
bb)	Wahre Werbung	186
e)	Nichtverfassungsrechtliche Garantien zum Schutz der Wahrheit bei der öffentlichen Kommunikation	188
aa)	Das Recht auf Gegendarstellung	188
bb)	Strafrechtliche Garantien	189
3.	Moral und gute Sitten	190
a)	Die Moral als Tatbestandsmerkmal der Freiheiten des Art. 20 CE	190
b)	Kann die Moral tatsächlich eine Grenze der Ausübung der Freiheiten des Art. 20 CE darstellen?	191
c)	Moral und gute Sitten als Schranken der Meinungsfreiheit	192
4.	Die öffentliche Ordnung	192
5.	Das Berufsgeheimnis	193
6.	Das Amtsgeheimnis und die nationale Sicherheit	195
a)	Das Amtsgeheimnis	195
b)	Nationale Sicherheit	196
7.	Informationsfreiheit und Ermittlungsgeheimnis	197
a)	Der Verfassungsgrundsatz der Öffentlichkeit von Prozeßhandlungen	197
b)	Das Ermittlungsgeheimnis	199
c)	Die sogenannte Parallelbewertung	201
d)	Bewertung des Ermittlungsgeheimnisses und seiner Handhabung	202
8.	Die Grenzen des Rechts, Medienunternehmen zu gründen	203

§ 7 Garantien des Art. 20 Abs. 3 CE für die öffentlich-rechtlichen Kommunikationsmedien	205
I. Vorgeschichte	205
II. Der Art. 20 Abs. 3 CE im verfassungsgebenden Prozeß	206
III. Die Existenz der öffentlich-rechtlichen Kommunikationsmedien	208
IV. Parlamentarische Kontrolle der Kommunikationsmedien	210
V. Das Recht auf Sendezeit	211
§ 8 Das Recht auf literarisches, künstlerisches, wissenschaftliches und technisches Schaffen	216
I. Verfassungsrechtliche Einordnung	216
II. Dualität der Rechte	217
1. Das Recht auf geistiges Schaffen	218
2. Das Urheberrecht	218
a) Begriff	218
b) Inhalt	219
aa) Verwertungsmonopol	219
bb) Kopierverbot	219
cc) Das Urheberrecht als Persönlichkeitsrecht	220
α) Wesensmerkmale	220
β) Inhalt	220
dd) Geschützte Werke	221
c) Urheberschaft und Ausdruck der Persönlichkeit	221
aa) Urheberschaft von gemeinschaftlichen Werken und Landkarten, Statistiken, Führer usw.	222
α) Gemeinschaftliche Werke	222
β) Landkarten, Statistiken, Führer usw.	223
bb) Urheberschaft von abgeleiteten Werken	223
d) Rechtliche Regelung des Urheberrechts	224
aa) Das Gesetz über das geistige Eigentum von 1987	224
bb) Der strafrechtliche Schutz	224
§ 9 Die Bedeutung des Art. 20 Abs. 1. c) CE für die Freiheit der Lehre	225
I. Begriffsbestimmung	225
II. Schranken	229
III. Die Freiheit der Lehre an Privatschulen	230

§ 10 Das Recht auf freie Meinungsäußerung im Bereich des Völkerrechts - rechtliche Bedeutung für die interne Garantie der freien Meinungs- äußerung	233
I. Regelung	233
1. In Spanien geltende internationale Erklärungen und Pakte, die die Meinungs- äußerungsfreiheit regeln	234
a) Allgemeines	234
b) Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grund- freiheiten von 1950	236
aa) Rechtsnatur der EMRK	236
bb) Die Übernahme der EMRK in die nationale Rechtsordnung	237
2. Die Übernahme der EMRK in Spanien	238
a) Die Stellung der EMRK im spanischen Recht	238
b) Der Artikel 10 Abs. 2 CE	238
c) Der Artikel 96 Abs. 1 CE	240
aa) Grundbedeutung des Art. 96 Abs. 1 CE	240
bb) Der Rang der internationalen Verträge innerhalb der spanischen Rechts- ordnung	241
3. Der Artikel 10 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten von 1950	242
a) Der Artikel 10 Abs. 1 EMRK	244
b) Der Artikel 10 Abs. 2 EMRK	245
II. Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte	248
1. Die Lehre des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur Meinungs- freiheit	248
2. Der Fall Handyside	249
3. Der Fall Sunday Times	250
4. Der Fall Barthold	252
5. Der Fall Lingens	253
a) Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 8. 7. 1986	253
aa) Die rechtliche Bedeutung der Meinungsfreiheit	254
bb) Der Informationsgegenstand	254
cc) Die Bedeutung der Verbreitung von Tatsachen und Meinungen bei der Ausübung der Informationsfreiheit	256
b) Abschließende Bemerkungen	256
6. Die Bedeutung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschen- rechte in Spanien	257

§ 11 Ausblick und Zusammenfassung	258
I. Bewertung des Art. 20 CE	258
1. Positive Gesichtspunkte	258
2. Negative Gesichtspunkte	259
3. Die Notwendigkeit einer weiten Interpretation des Art. 20 CE	260
II. Art. 20 Abs. 1 CE als Neuerung des Verfassungsrechts	260
1. Allgemeines	260
2. Die verfassungsrechtliche Regelung der Informationsfreiheit	261
III. Die vorrangige Stellung der Meinungsfreiheit	261
Urteile des spanischen Verfassungsgerichts	264
Literaturverzeichnis	265

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
ADPEP	Anuario de Derecho Público y Estudios Políticos
AJLH	The American Journal of Legal History
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
AN	Audiencia Nacional
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
A PECHR	Publications of the European Court of Human Rights, Series A
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BICAM	Boletín del Ilustre Colegio de Abogados de Madrid (Revista Jurídica General)
BOC	Boletín Oficial de las Cortes
BOE	Boletín Oficial del Estado
B PECHR	Publications of the European Court of Human Rights, Series B
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CaLR	California Law Review
CC	Código Civil
CCAA	Comunidades Autónomas
CD	Congreso de los Diputados
CE	Constitución española de 1978 (spanische Verfassung von 1978)
CIS	Centro de Investigaciones Sociológicas
CJLSP	Columbia Journal of Law and Social Problems
CJM	Código de Justicia Militar
CLJ	The Cambridge Law Journal
CLR	Columbia Law Review
Co.	Company
CP	Código Penal
CYR	Cuenta y Razón
DA	Documentación Administrativa

d.h.	das heißt
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ERTV	Estatuto de la Radio y de la Televisión
ET	Estatuto de los Trabajadores
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
ff.	fortfolgende
FFJJ	Fundamentos Jurídicos
FJ	Fundamento Jurídico
GG	Grundgesetz
HLR	Harvard Law Review
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
JASIS	Journal of the American Society for Information Science
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JZ	Juristenzeitung
LECr	Ley de Enjuiciamiento Criminal
LGP	Ley General de Publicidad
LO	Ley Orgánica
LODR	Ley Orgánica 2/1984, de 26 de marzo, reguladora del derecho de rectificación
LOGPJ	Ley Orgánica del Poder Judicial
MLR	The Modern Law Review
MP	Media Perspektiven
MRP	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
Nr.	Nummer
o. V.	ohne Verfasser
RAP	Revista de Administración Pública
RCD	Reglamento del Congreso de los Diputados
RCE	Radiocadena Española
RDH	Revue des Droits de l'Homme
RDP	Revista de Derecho Político (UNED)
REDA	Revista Española de Derecho Administrativo
REDC	Revista Española de Derecho Constitucional
REDH	Revista Europea de Derechos Humanos
RFDUC	Revista de la Facultad de Derecho de la Universidad Complutense
RGD	Revista General de Derecho
RGDIP	Revue Générale de Droit International Public
RIDC	Revue internationale de droit comparé

RIFD	Rivista Internazionale di Filosofia del Diritto
R.J.A.	Repertorio de Jurisprudencia Aranzadi
RJB	Revue de la société des juristes bernois
RJC	Revista Jurídica de Cataluña
RNE	Radio Nacional de España
RS	Reglamento del Senado
RSJ	Revue suisse de jurisprudence
RTDP	Rivista trimestrale di diritto pubblico
RuF	Rundfunk und Fernsehen - Forum der Medienwissenschaft und Medienpraxis
RVAP	Revista Vasca de Administración Pública
S.	Seite
SC	Supreme Court der Vereinigten Staaten
S. Ct.	Supreme Court Reporter
sog.	sogenannte (r) (s)
Sp.	Spalte
SS	Studi Senesi
SSTC	Sentencias del Tribunal Constitucional (Urteile des spanischen Verfassungsgerichts)
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional (Urteil des spanischen Verfassungsgerichts)
StPO	Strafprozeßordnung
STS	Urteil des Tribunal Supremo
TC	Tribunal Constitucional (spanisches Verfassungsgericht)
TS	Tribunal Supremo
TVE	Televisión Española
u. a.	und andere
u. a.	unter anderem
U.I.M.P.	Universidad Internacional Menéndez Pelayo
U.S.	U.S. Reports
UN	United Nations
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
v.	versus
v.	vom
vgl.	vergleiche
vol.	volume
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
YLJ	The Yale Law Journal
z.B.	zum Beispiel

Artikel 20 der spanischen Verfassung¹

1. *Folgende Rechte werden anerkannt und geschützt:*
 - a) *das Recht auf freie Äußerung und Verbreitung von Gedanken und Meinungen in Wort, Schrift oder jedwedem Medium;*
 - b) *das Recht auf literarische, künstlerische, wissenschaftliche und technische Produktion und Schöpfung;*
 - c) *das Recht auf Freiheit der Lehre;*
 - d) *das Recht auf freie und wahre Berichterstattung sowie deren Empfang über jedwedem Verbreitungsmedium. Das Gesetz regelt das Recht der Berufung auf Gewissensgründe und das Berufsgeheimnis bei der Ausübung dieser Freiheiten.*
2. *Die Ausübung dieser Rechte darf durch keinerlei Vorzensur eingeschränkt werden.*
3. *Das Gesetz regelt die Organisation und die parlamentarische Kontrolle der vom Staat oder irgendeiner öffentlichen Einrichtung abhängigen sozialen Kommunikationsmedien und garantiert den bedeutenden sozialen und politischen Gruppen den Zugang zu den genannten Medien, unter Wahrung des Pluralismus der Gesellschaft und der verschiedenen Sprachen Spaniens.*
4. *Diese Freiheiten haben ihre Grenze in der Achtung der in diesem Titel anerkannten Rechte, in den Vorschriften der sie regelnden Gesetze und insbesondere im Recht auf Ehre, auf Privat- und Intimsphäre, auf das eigene Bild und auf den Schutz der Jugend und der Kinder.*
5. *Die Beschlagnahme von Veröffentlichungen, Tonaufnahmen und anderen Informationsträgern darf nur kraft richterlichen Beschlusses erfolgen.*

¹ Die in dieser Arbeit verwendete deutsche Fassung ausländischer Verfassungstexte folgt weitgehend A. Kimmel (Hrsg.), Die Verfassungen der EG-Mitgliedstaaten, München, 1987.

Artículo 20 de la Constitución española

1. *Se reconocen y protegen los derechos:*
 - a) *A expresar y difundir libremente los pensamientos, ideas y opiniones mediante la palabra, el escrito o cualquier otro medio de reproducción.*
 - b) *A la producción y creación literaria, artística, científica y técnica.*
 - c) *A la libertad de cátedra.*
 - d) *A comunicar o recibir libremente información veraz por cualquier medio de difusión. La ley regulará el derecho a la cláusula de conciencia y al secreto profesional en el ejercicio de estas libertades.*
2. *El ejercicio de estos derechos no puede restringirse mediante ningún tipo de censura previa.*
3. *La ley regulará la organización y el control parlamentario de los medios de comunicación social dependientes del Estado o de cualquier ente público y garantizará el acceso a dichos medios de los grupos sociales y políticos significativos, respetando el pluralismo de la sociedad y de las diversas lenguas de España.*
4. *Estas libertades tienen su límite en el respeto a los derechos reconocidos en este Título, en los preceptos de las leyes que lo desarrollen y, especialmente, en el derecho al honor, a la intimidad, a la propia imagen y a la protección de la juventud y de la infancia.*
5. *Sólo podrá acordarse el secuestro de publicaciones, grabaciones y otros medios de información en virtud de resolución judicial.*

Einleitung

Die vorliegende Arbeit untersucht das Grundrecht der Meinungsfreiheit in Spanien, wie es in Art. 20 der Verfassung von 1978 festgelegt ist.

Ausgangspunkt sind die Vorläufer dieser Regelung und der in ihr enthaltenen subjektiven Rechte in der spanischen Verfassungsgeschichte. Darüber hinaus ist es für das Verständnis der spanischen Verfassung unerlässlich, den politischen Übergang von der Ära Franco zur Demokratie in die Betrachtung mit einzubeziehen. Um den Willen des Verfassungsgebers möglichst genau zu ergründen, wird dementsprechend die Entwicklung des Art. 20 im Verlaufe der Ausarbeitung und Verabschiedung der spanischen Verfassung eingehend dargestellt.

Ferner setzt sich die Untersuchung mit der Frage auseinander, inwiefern die systematische Stellung des Art. 20 im Kontext des Titels I der spanischen Verfassung Rückschlüsse auf Schutzbereich und Grenzen der Meinungsfreiheit in Spanien zulässt.

Nach diesen historischen und systematischen Grundlegungen widmet sich der Hauptteil der Arbeit sodann ausführlich dem Inhalt, den Wesensmerkmalen, den Garantien und den Schranken des Art. 20 CE. Die Betrachtung bezieht auch andere grundrechtliche Freiheiten ein, die - wie das Recht auf Sendezeit, das Recht auf literarisches, künstlerisches, wissenschaftliches und technisches Schaffen sowie die Freiheit der Lehre - zwar nicht im klassischen Sinne unter die Meinungsäußerungsfreiheit und das Recht auf aktive und passive Information fallen, aber dennoch auch zum Schutzbereich des Art. 20 gehören. Schließlich wird berücksichtigt, wie über die Auslegungsklausel des Art. 10 Abs. 2 und die Rezeptionsnorm des Art. 96 die Europäische Menschenrechtskonvention und weitere völkerrechtliche Abkommen auf Garantiebereich und Grenzen der Meinungsfreiheit in der spanischen Rechtsordnung einwirken.